



Das Reichsbanner

Nr. 1 · Januar 1970 · 14. Jahrg.

Verkaufspreis DM 0,30

ORGAN DES REICHSBANNERS SCHWARZ-ROT-GOLD
BUND AKTIVER DEMOKRATEN E.V. UND DES FREIHEITSBUNDES E.V. BERLIN

Im Blickpunkt

Bundespräsident Dr. Dr. Gustav Heinemann empfängt Reichsbanner

er. — Es ist für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., ein erfreulicher Markstein auf dem Wege der immer stärker werdenden Belebung unserer Organisation und ihrer Wirksamkeit, daß unser Bundespräsident Dr. Dr. Gustav Heinemann

sing, die er als junger Student z. Zt. des Kapp-Putsches auf einer Bahnfahrt von Kassel nach Marburg hatte. Da während des Generalstreikes zur Niederschlagung des Kapp-Putsches alle Verkehrsmittel gesperrt waren, hatte Philipp Scheidemann in Kassel einen Regierungssonderzug eingesetzt, den der damals junge Gustav Heinemann benutzen durfte, um nach Marburg zu gelangen.



Bundespräsident Dr. Dr. Gustav Heinemann erhält von Bundesvorsitzenden Robert Becker als Gastgeschenk das Buch von Karl Rohe „Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold“.

den Bundesvorstand zu einem Gespräch am 16. Dezember 1969 in Bonn empfangen hat. Wir dürfen darin eine Anerkennung sehen der großen geschichtlichen Leistung des Reichsbanners in der Weimarer Republik — die leider im Geschichtsunterricht der Nachkriegsgeneration ignoriert wird —, aber auch die Anerkennung unseres heutigen Wollens als aktive Demokraten.

In diesem Sinne wurde von dem Bundesvorsitzenden dem Bundespräsidenten Vortrag gehalten, dem sich ein zwangloses Gespräch mit den zehn anwesenden Mitgliedern des Bundesvorstandes anschloß. Man kann guten Gewissens sagen, daß die Unterhaltung mit dem Bundespräsidenten sehr aufgeschlossen war und dabei offen ein wesentlicher Teil unserer wichtigen Probleme und Sorgen besprochen wurde. Das Interesse unseres Bundespräsidenten war erfreulich groß und wurde lebhaft, als das Thema des jüngeren Nachwuchses im Rahmen der Belebung unserer Organisation als aktive Demokraten angeschnitten wurde.

Aus der Weimarer Zeit wußte Bundespräsident Dr. Dr. Heinemann Kontakterlebnisse mit Reichsbannerführern zu berichten. Besonders war ihm in Erinnerung eine frühe Begegnung mit Oberpräsident Hör-

ing, die er als junger Student z. Zt. des Kapp-Putsches auf einer Bahnfahrt von Kassel nach Marburg hatte. Da während des Generalstreikes zur Niederschlagung des Kapp-Putsches alle Verkehrsmittel gesperrt waren, hatte Philipp Scheidemann in Kassel einen Regierungssonderzug eingesetzt, den der damals junge Gustav Heinemann benutzen durfte, um nach Marburg zu gelangen.

Staatssekretär Spangenberg vom Bundespräsidialamt nahm an der Gesprächsrunde teil. Er bekannte sich — vielleicht auch zur Überraschung des Bundespräsidenten — als Mitglied des Freiheitsbundes e.V. Berlin, der ja aus der Reichsbannertradition entstanden ist, wenn auch mit eigenen der Situation Berlins entsprechenden Aufgabenstellungen, und auch heute kooperativ dem Reichsbanner verbunden ist.

Als Erinnerung an diese Gesprächsrunde überreichte der Bundesvorstand dem Bundespräsidenten die dokumentarische Forschungsarbeit von Karl Rohe über das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Unser Bundespräsident Dr. Dr. Gustav Heinemann versicherte, daß er sich mit dieser Darstellung des Reichsbanners sehr interessiert befassen werde.



Der Bundesvorstand des Reichsbanners während des Informationsgespräches. Von links nach rechts: August Kerger, Robert Becker, Willi Haug, Georg Schaffner, Willi Haag, Adolf Dierking, Dieter Westermann, Heinrich Ditter, verdeckt Ministerialrat Döring, Bundespräsident Dr. Dr. Gustav Heinemann und Christian Weiß.

Aufnahmen: Foto-Darchingner

Unter die Lupe genommen

In der 64. Sitzung des Hessischen Landtages am 10. Dezember 1969 stellte in der Fragestunde der NPD-Landtagsabgeordnete Fuhlrott die Frage Nr. 484, die wir in Zusammenhang mit den Antworten des Vertreters des Hessischen Ministers des Innern, Staatssekretär Krollmann, und dem übrigen gesamten Verlauf im Rahmen dieser Fragestellung ungekürzt wiedergeben:

Präsident Buch:

Damit ist die Antwort gegeben. Ich rufe nun die **Frage Nr. 484** auf und erteile Herrn Abg. Fuhlrott das Wort.

Fuhlrott (NPD):

Die Frage, die ich jetzt stelle, sollten sich andere auch einmal vorlegen:

Das als politischer Kampfverband aus der Weimarer Republik bekannte „Reichsbanner“ existiert seit einiger Zeit wieder in Hessen.

Fuhlrott

Ich frage die Landesregierung:

Sieht sie in dem Wiedererstehen von „politischen Kampfverbänden“ nicht die Gefahr, daß die politische Auseinandersetzung von den Parteien ganz oder teilweise auf derartige Organisationen übergeht?

(Radke [SPD]: Der Bock, der hier zum Gärtner gemacht wird stinkt aber! — Heiterkeit. — Weitere Zurufe.)

Präsident Buch:

Das Wort zur Beantwortung hat Herr Staatssekretär Krollmann.

Krollmann, Staatssekretär, Minister des Innern:

Das „Reichsbanner“ hat sich in der Weimarer Republik — das ist geschichtlich bekannt — um die Erhaltung der demokratischen Staatsform verdient gemacht.

(Sehr richtig! bei SPD, CDU und FDP.)

Das Wiedererstehen dieses Verbandes gefährdet in keiner Weise die Funktion der politischen Willensbildung. Im übrigen ist sicher dem Fragesteller bekannt, daß die Parteien nach ihrem verfassungsrechtlichen Auftrag an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken, aber kein Monopol im demokratischen Prozeß der Willensbildung haben. Es ist also durchaus legitim, daß Gruppen, Vereinigungen und gesellschaftliche Verbände vieler Art an der politischen Meinungs- und Willensbildung beteiligt sind. Dazu gehört selbstverständlich auch das neu gegründete „Reichsbanner“.

(Zustimmung bei SPD und CDU.)

Präsident Buch:

Eine Zusatzfrage, Herr Abg. Fassbender!

Fassbender (NPD):

Herr Staatssekretär, Sie sagten eben, es sei geschichtlich bekannt, daß das „Reichsbanner“, nun, sagen wir einmal, recht friedlich gewesen sei. Das stimmt nicht, das habe ich persönlich erlebt.

Lebhafte Zurufe von der SPD: Das ist doch keine Frage! Sie müssen fragen! — Lachen bei der SPD.)

Präsident Buch:

Herr Abg. Fassbender, Sie müssen eine Frage stellen! Eine Diskussion kann hier nicht stattfinden.

Fassbender (NPD):

Kommt! Ich möchte Sie ernstlich bitten, mir die Quelle zu nennen, aus der hervorgeht, daß das „Reichsbanner“ eine friedliche Organisation gewesen sei!

Präsident Buch:

Bitte sehr, Herr Staatssekretär!

Krollmann, Staatssekretär, Minister des Innern:

Herr Abgeordneter, ich darf zunächst darauf hinweisen, daß ich nicht gesagt habe, das „Reichsbanner“ sei friedlich gewesen. Ich habe gesagt, daß das „Reichsbanner“ sich — und das, was Ihre

Staatssekretär Krollmann

Frage nach den Quellen angeht, ergibt sich allerdings aus einer umfangreichen Literatur, Werken, die ich nicht im einzelnen zu zitieren brauche — für die Verteidigung der Demokratie eingesetzt hat. Daß sich das „Reichsbanner“ in diesem Einsatz auch des Mittels des Widerstandes und damit der Gewalt bedienen müssen, und zwar gegenüber Extremisten von rechts und links, ist ebenfalls geschichtsbekannt.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP.)

Präsident Buch:

Das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage hat Herr Abg. Fuhlrott.

Fuhlrott (NPD):

Hier ist keineswegs die geschichtliche Rolle dieses Verbandes in Abrede gestellt worden. Aber ich möchte meine Frage dahingehend ergänzen: Sieht die Landesregierung nicht die Gefahr, daß auch Konkurrenzverbände, um es milde auszudrücken, entstehen und daß dadurch die Situation heraufbeschwohren werden kann, die wieder an die Zeiten der Weimarer Republik erinnert?

Präsident Buch:

Herr Staatssekretär!

Krollmann, Staatssekretär, Minister des Innern:

Die Antwort ist nein, was eine Initialzündung durch das „Reichsbanner“ betraf.

Präsident Buch:

Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Fassbender.

Fassbender (NPD):

Ist Ihnen bekannt — Herr Staatssekretär, die Frage möchte ich aber sehr präzise beantwortet haben —, daß damals im Reichstag

(Lachen bei der SPD.)

— wollen Sie mich gütigst fragen lassen — von kommunistischer Seite das „Reichsbanner“ ganz anders beurteilt wurde?

(Wöll [SPD]: Wir reden doch von heute und nicht von damals!)
Sonst lesen Sie — darum bitte ich Sie — einmal die Protokolle des Reichstages durch!

(Zurufe: Das war ja keine Frage!)

Krollmann, Staatssekretär, Minister des Innern:

Ich halte die Frage für bereits beantwortet, Herr Präsident.

(Fassbender [NPD]: Ich habe gefragt, ob Ihnen bekannt sei, daß das „Reichsbanner“ im Reichstag der Weimarer Zeit nicht gerade als friedlich bezeichnet wurde! — Wöll [SPD]: Wo ist die Frage?)

Präsident Buch:

Ich frage zunächst den Herrn Staatssekretär: Ist die Frage beantwortet?

(Staatssekretär Krollmann: Ja! — Menzer [SPD]: Wer hat denn eigentlich in Kassel geschossen?)

— Damit ist die Frage erledigt.

(Dr. Wagner [CDU]: Das ist anscheinend der Einpeitscher da drüben!)

Was der NPD-Abgeordnete Fuhlrott mit dieser Frage bezwecken wollte, dürfte klar auf der Hand liegen. Es schmeckt der NPD scheinbar nicht, daß wir immer wieder in unserer Öffentlichkeitsarbeit den Rechtsradikalismus mit demokratischen Mitteln bekämpfen und speziell dabei auf die Tätigkeit und Zielsetzung der NPD aufmerksam machen.

Ein Glück, daß die Hessische Landesregierung und die Mehrheit des Hessischen Landtages gegen solche Fragen gewappnet und gefeit sind, sonst könnte es passieren, daß Versionen, die auch als Hirngespinnste zu bezeichnen sind, dieser Art noch mehr Einzug in die Fragestunden halten würden. Im übrigen ist es nicht uninteressant, auf diese Weise einmal die Parlamentsarbeit der NPD-Abgeordneten zu beleuchten und aufzuzeigen, wie diese aussieht.

Der Rechtsradikalismus ist nicht tot

von Adolf Dierking, Jugendleiter im Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

(Fortsetzung und Schluß)

Den demokratischen politischen Parteien hätte es nichts geschadet, offiziell im Wahlkampf zu einer Gemeinsamkeit gegen die NPD zu finden und die Auseinandersetzung nicht nur bestimmten Organisationen und Demonstranten zu überlassen. Die Parteien und Politiker hatten die echte Chance, ohne ihre sonstigen Wahlkampfschwerpunkte zu vernachlässigen, durch zielgesetzte und bessere Argumentation die innen- und außenpolitische Gefahr eines Erscheinens der NPD im Bundestag zu kennzeichnen. Dies wurde versäumt. Im Gegenteil, es herrschte die Tendenz vor, die NPD totzuschweigen, um dadurch die Rechtsradikalen nicht interessant zu machen oder nicht die Aufmerksamkeit auf sie zu lenken. Eine These, die jederzeit zu widerlegen ist, denn es gibt soviel Möglichkeiten trotzdem ins Gespräch zu kommen oder im Blickpunkt zu stehen.

Wir sollten uns deshalb auch nicht der Illusion hingeben, daß die NPD eine eindeutige Niederlage erlitten hätte oder ihr völliges Verschwinden feststeht. Wenn auch der deutsche Wähler in der Mehrheit diesmal den Rechtsradikalen eine Absage erteilte, so ist eine gewisse Bevölkerungsschicht, darunter auch die Jugend, nicht hundertprozentig immun gegen die Werbung der NPD und es ist oft genug festgestellt worden, daß gerade die junge Generation eine gewisse Empfänglichkeit für den Rechtsradikalismus zeigte. Nicht etwa aus Protest oder fanatischem Nationalismus, sondern in erster Linie aus Unkenntnis der Vergangenheit, so daß es Aufgabe der Regierung, der demokratischen Parteien und Organisationen mit staatspolitischem Verantwortungsbewußtsein sein muß, in Zukunft alles für die politische Bildung und Aufklärung dieser jungen Menschen zu tun, um sie nicht unerfahren und unwissend in die Arme der NPD zu treiben.

Der Stil der Rechtsradikalen ist bekannt. Er wird geprägt durch die Anhängerschaft, die sich aus dem Lager National-Konservativen und der radikalen Elemente des tausendjährigen Reiches rekrutiert. Um politische Anerkennung zu finden, publizieren sie demokratische Unbedenk-

lichkeit und nationalistische Radikalität. Sie versuchen glaubhaft zu machen, daß die Partei auf der Grundlage der parlamentarischen Demokratie stehe. Dieses Feilschen um demokratisches Ansehen steht im krassen Widerspruch zu ihrem Vokabular, wie zum Beispiel unsere nationale Ehre und unser gesundes Volksempfinden oder wenn sie vom völkischen Gedanken und vom internationalen Judentum sprechen, ja sie verteidigen sogar die erzieherische Wirkung der Konzentrationslager, wie es bei Anhängerwerbung in Parteiversammlungen in München vorgekommen ist.

Es darf deshalb in Zukunft nicht dem Zufall überlassen bleiben, ob die NPD eine Chance hat, in ein Parlament einzuziehen und die demokratischen Parteien sollten sich auch nicht damit begnügen, daß der NPD diesmal einige Prozentteile gefehlt haben, um in den Bundestag zu gelangen. Nicht nur die wirklich demokratischen Parteien, sondern alle Kräfte sind aufgerufen, unsere parlamentarische Demokratie in Zukunft noch mehr und mit allen den Spielregeln entsprechenden Mitteln und Kräften zu fördern und zu schützen. Von der Bewältigung dieser Aufgabe, an der sich das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold — Bund aktiver Demokraten — konstruktiv beteiligen will, wird es abhängen, ob unsere rund zwanzig Jahre bestehende Demokratie auch in Zukunft widerstandsfähig gegen Rechtsradikalismus bleibt. Mit einem zielbewußteren und besseren Engagement als bisher, und einer kämpferischen Einstellung in der politischen Auseinandersetzung sollte es gelingen das Ende der NPD herbeizuführen, ohne daß es zu einem Verbotsantrag kommt. Die NPD zu verbieten, wäre ein allzu bequemer Weg und würde wahrscheinlich nichts daran ändern, daß gewisse Elemente weiterhin dem Rechtsradikalismus frönen oder ihn verherrlichen beziehungsweise als Mittel zum Zweck nutzbar machen. Der Weg der politischen Aufklärung und Bildung und der Vermittlung kritischen Staatsbewußtseins ist zwar schwieriger, aber nachhaltiger und steht einer echten Demokratie besser an.

Phantasten, auf die achtzugeben ist

S. Pr. — Ein Verband, der sich als Zusammenschluß von „Heimat-treuen Grundeigentümern aus Ostpreußen und dem Sudetengebiet“ bezeichnet und als solcher kürzlich durch ein Manifest an die Öffentlichkeit trat, macht von sich Aufsehen. Mit Flugblättern, Aufrufen und gezielten Aktionen will er das Spektrum des politischen Lebens in der Bundesrepublik bereichern. Die Forderungen dieses Verbandes grenzen an den politischen Irrsinn. Würde sich auch nur ein ganz geringer Teil unseres Volkes damit identifizieren, entstünde daraus eine Waffe, die sich gegen unser Volk richten würde.

Es sollen Personen angesprochen werden, die Eigentum im Osten verloren haben. Sie werden aufgefordert, ihre Ansprüche anzumelden, als ob es keinen Lastenausgleich gegeben hätte. Bei einem „Verzicht“ Bonns auf die Gebiete in Ostpreußen, Pommern, Westbrandenburg, Schlesien und dem Sudetengebiet, so sagte der Sprecher dieses Verbandes, könnte eine „deutsche Exilregierung“ ge-

bildet werden, die dann auf der Basis der Haager Landfriedensordnung international wegen widerrechtlicher Aneignung fremder Gebiete klagen würde. Das Manifest enthält den gegen den Bundeskanzler Brandt gerichteten ungeheuerlichen Vorwurf, er betreibe eine Preisgabepolitik, er habe nicht das Recht, mit Grundeigentum, „das ihm nicht gehört, Reparationsleistungen zu vollziehen“. Dies ist ein unverschämter Versuch, die Bundesregierung für die Folgen eines Krieges verantwortlich zu machen, den eine Verbrecherclique entfacht hat.

Hier sind Phantasten, wenn nicht gar Verrückte am Werk. Sie gaukeln unserem Volk etwas vor, von dem sie selbst wissen, daß es eine Utopie ist. Sie treiben mit den Empfindungen der Vertriebenen Schindluder und versuchen Hoffnungen zu erwecken, die nur um den Preis eines Krieges zu erfüllen wären. Ihre Absichten sind eine Sabotage der deutschen Politik, die Verständigung und Aussöhnung

auch mit den östlichen Nachbarn anstrebt. Sie machen in wildestem Nationalismus, der Gift für unser Volk ist und tödliche Gefahren heraufbeschwört.

Hier ist höchste Wachsamkeit aller demokratischen Kräfte und ihrer Distanzierung von diesem Verband vonnöten. Schon einmal hat uns

der Wahnsinn einiger Phantasten an den Rand des Abgrundes gebracht; was die Initiatoren dieses Verbandes bezwecken, hat mit Heimatliebe, mit Recht und Gerechtigkeit nichts zu tun, wohl aber mit der Sabotage aller Bemühungen, unserem gespaltenen Volk eine gesicherte Zukunft zu gewährleisten.

Landesverbände und Ortsvereine berichten

Bremen/Weser-Ems

Delegiertenkonferenz am Sonntag, 8. März, 9.30 Uhr, in der Gaststätte „Schwarzer Bär“, Verden/Aller, Bremerstraße. Jahresbericht und Neuwahlen. Ende etwa 15 Uhr.

Verden/Aller

Mitgliederversammlung am Sonnabend, 14. Februar, 20 Uhr, in der Gaststätte „Schwarzer Bär“, Bremerstraße.

Bremen

Am Sonnabend, 7. Februar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung des Ortsvereins mit Neuwahlen. Einladung mit Tagesordnung erfolgt schriftlich.

Jugendbund Bremen

In der Zeit vom 21. Januar bis 11. Februar finden folgende Gruppenabende jeweils an einen Mittwoch statt: Am 21. 1. und 4. 2., Tanzabend in unserem Clubraum, Sielwall 68. Am Mittwoch, 28. Januar, 19 Uhr, Jahreshauptversammlung und am 11. Februar, 19 Uhr, Diskussionsabend im Jugendheim Buntentor, Geschworenenweg. Außerdem nehmen wir an der Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Bremen teil.

Berlin

Spandau

Tischgespräch mit Angehörigen am Sonnabend, 24. Januar, 20 Uhr, im Lokal „Metzer Eck“, Pichelsdorfer Straße 107, am Metzer Platz.

Hessen

Ortsverein Offenbach

Am 12. Januar 1970 führte der Ortsverein eine gut gelungene Veranstaltung durch, an der auch erfreulicherweise viele Frauen unserer Mitglieder teilnahmen. Herr Lones von der evang. Jugend hielt einen ausgezeichneten Vortrag über eine Reise durch Israel, der uns einen großen Überblick über den ständig wachsenden Aufbau und die gegenwärtige Situation des Staates Israel vermittelte. Eine sehr gute bunte Dias-Serie gab uns einen lebendigen Eindruck von der Verschiedenartigkeit des Landes vom äußersten Norden, den Gola-Höhen, bis zu dem Hafen Elath, im Süden am Roten Meer, von der Wüste Negev bis zu den Gestaden am Mittelmeer. Der Dank der Versammelten in dem voll besetzten Vortragsraum für den Vortragenden und seine Gattin war sehr herzlich, woraus sich noch eine lang andauernde Gesprächsrunde entwickelte.

Ortsverein Frankfurt

Unsere Jahreshauptversammlung findet am 14. Februar 1970 in den Gildestuben (Schneiderinnungsheim), Bleichstraße 38 a statt. Beginn 15.00 Uhr. Besondere Einladung ergeht noch.

Das hessische Fernsehen hatte bereits 2 Sendungen unter dem Titel „Anatomie der Weimarer Republik“ ausgestrahlt, die dokumentarisch das Wirken des Reichsbanners für die Weimarer Republik enthielten. Die hessische Rundfunkdirektion ist geneigt, für das Reichsbanner eine Sondervorstellung im Funkhaus Frankfurt zu veranstalten.

Interessierte Kameraden, besonders aus Hessen, können sich beim Ortsverein Frankfurt, Reineckstraße 7, melden.

Niedersachsen

Ortsverein Hannover

Am 22. Februar 1970 führt der Ortsverein eine Gedenkfeier für verstorbene Kameraden durch. In einer weiteren Veranstaltung an diesem Tage, zu welcher auch andere Organisationen eingeladen werden, wird der Bundesvorsitzende ein Referat über das „Reichsbanner heute“ halten.

Nordrhein-Westfalen

Bonn

Samstag, 14. 2. 1970, Omnibus-Ganztagsfahrt zum AW-Heim Lanzerath (Voreifel). Gesellige Veranstaltung mit Familienangehörigen und eingeführten Gästen. Näheres durch Rundschreiben. Die Jahreshauptversammlung findet voraussichtlich Anfang März statt.

Leverkusen

Zur nächsten Mitgliederversammlung wird besonders eingeladen. Aktive Demokraten, die sich unserem Bunde anschließen wollen, melden sich beim Ortsvereinsvorsitzenden Josef Karp, 509 Leverkusen, Petersbergstraße 41, Telefon 7 13 62.

Düsseldorf

Ehem. Kameraden und neue Freunde unseres Bundes, die sich unserem Ortsverein anschließen möchten, melden sich bei Ministerialdirig. a. D. Dr. Middelhauffe, 4 Düsseldorf-Oberkassel, Kaiser Friedrich Ring 68, Telefon 5 22 64.

Krefeld

Ehem. Kameraden vom linken Niederrhein und neue Freunde unseres Bundes melden sich bei Johannes Dirckes, 415 Krefeld, Schneiderstraße 70, Telefon 2 61 07 oder Albert Machost, 415 Krefeld, Prinzenbergstraße 111, Telefon 6 43 93.

Bochum

Zur Gründung eines Stützpunktes bzw. neuen Ortsvereins werden ehem. Kameraden und neue Freunde gebeten, sich mit Helmut Böhner, 463 Bochum-Harpen, Kornharpenstraße 125 in Verbindung zu setzen.

Das Reichsbanner

Offizielles Organ des

Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold
und des Freiheitsbundes e.V. Berlin

— BUND AKTIVER DEMOKRATEN —

Heft Nr. 1 — Januar 1970 — 14. Jahrgang

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold —

Bund aktiver Demokraten e.V.

— Bundesvorstand —

6000 Frankfurt a. M., Reineckstraße 7,

Telefon: 06 11 / 29 41 61

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Industrie- und Verkehrswerbung GmbH. + Co. KG.,

6000 Frankfurt a. M., Eberhardstraße 23,

Telefon: 06 11 / 45 90 38

Druck: Hermann Meister KG,

69 Heidelberg, Römerstraße 2 - 10